

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugpreis: Vierteljährlich 1,50 Goldmark
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung
des Betrages)

Verantwortlicher Schriftleiter: Paul Haase
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Altestraße 16
Fernsprecher Nr. 8800 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Heraus für die Republik!

Der sozialistisch denkende Teil der deutschen Arbeiterklasse hat sich im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl glänzend geschlagen. 7,8 Millionen Wähler entschieden sich für den Kandidaten der Sozialdemokratie und 1,8 Millionen für den der Kommunisten. Ein Sieg konnte aber nicht an die Fahnen der Arbeiterparteien geheftet werden, denn diesen rund 10 Millionen proletarischen Stimmen standen rund 17 Millionen bürgerliche Stimmen gegenüber. Da die Bürgerlichen sich auf fünf Parteien verteilten, deren stärkste es auf 10 Millionen Stimmen brachte, blieb die Wahl unentschieden. Die absolute Mehrheit wurde nicht erreicht.

Die monarchistische Reaktion hatte bestimmt mit dem Sieg gerechnet. Ihr überparteilicher Bewerber Jarres — „überparteilich“ ist heute der gute Köder für dumme Wähler — sollte bestimmt als Sieger hervorgehen. Die Industriellen und die Hochfinanz, die Großagrarier nicht minder hatten sich die Sache mit dem überparteilichen Jarres eine bedeutende Stange Geld kosten lassen. Es war vergebens. Das deutsche arbeitende Volk hat diesen Wahlschwandel durchschaut und alles daran gesetzt, die Wahl dieses Arbeiterfeindes zu verhindern. Das ist ihm gelungen.

Der zweite Wahlgang findet am 28. April statt. Hier ist die Wahl wesentlich anders. Sieger in diesem Wahlgang ist der Kandidat, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Hier war die Kandidatenfrage für die sozialistische Arbeiterklasse sehr schwierig. Bestand sie auf ihrer Parteikandidatur, die bei dem tatsächlichen Stärkeverhältnis keinerlei Aussicht auf den Sieg hat, so schaltete sie sich vollständig aus und die Wahl des monarchistischen Reaktionärs wäre ohne weiteres gesichert gewesen. Nachdem die Wahl eines Sozialisten als Reichspräsident nicht möglich war, galt es im zweiten Wahlgang die Wahl des Monarchisten zu verhindern. Die junge Republik würde jedes Ansehen in der Welt verlieren, wenn an ihrer Spitze ein Monarchist stände, der nur den Platz für einen zukünftigen Monarchen hielt. So stand die Frage:

Republik oder Monarchie?

Die Monarchisten bemühten sich krampfhaft, wieder eine überparteiliche Sammellandidatur zustande zu bringen, um der monarchistischen Reaktion doch noch zum Sieg zu verhelfen. Jarres schien ihnen nicht mehr zugräftig, der alte Hindenburg sollte herhalten und dem Geldsack zum Sieg verhelfen. Er dankte. Zur Stunde, als dieses geschrieben wird, hat sich die Reaktion noch nicht einigen können über ihren Mann. Der Mann soll unter der großen Masse des deutschen Volkes, das ja zu 90 v. H. aus Arbeitern besteht, Zugkraft haben; er soll ein Reaktionär mit einer gegen die Arbeiterklasse gerichteten Politik sein und noch Monarchist gegen eine republikanische Volksmehrheit. Die Reaktionäre hoffen, mit den ungeheuren Geldmitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, eine Mehrheit für ihre Schwindellandidatur zu erreichen.

Der Sieg der Reaktionäre und der Monarchisten muß verhindert werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, haben die Führer der Sozialdemokratie die im zweiten Wahlgang aussichtslos gewordene Kandidatur Braun zurückgezogen und sich mit Zentrum und Demokraten auf

die republikanische Kandidatur Dr. Wilhelm Marx

geeinigt. Das entspricht nicht dem Geschmack begeisterter Sozialisten. Hier hat das Gefühl zu schweigen. Pflicht ist es, einen Republikaner als Präsidenten der Republik zu führen. Das sind wir schon unserer Zukunft schuldig. In Arbeiterkreisen darf nicht der Gedanke aufkommen, daß nunmehr, da ein Sozialist nicht mehr zur Wahl steht, für ihn die Wahlangelegenheit erledigt ist. Das wäre grundfalsch. Die republikanische Kandidatur erfordert eine erhöhte Wahlbeteiligung der Arbeitermassen, um den Sieg der Reaktion zu verhindern. Die großen Rüstungen der Reaktion müssen zu denken geben, sie zeugen von den Erwartungen, die die Reaktion auf ihren Sieg setzt.

Die Kandidatur Marx des republikanischen Volksblodes fußt auf einer programmatischen Erklärung, die ausspricht, daß des deutschen Volkes Präsident kein einseitig festgelegter Parteimensch sein kann. Er hat mit seiner ganzen Person für das Wohl von Volk und Reich einzustehen. Seine wichtigste Aufgabe ist der Schutz und die Wahrung der deutschen Verfassung. Die Aufgabe des Staatsoberhauptes muß es sein, den Willen des Volkes, wie er in der Weimarer Verfassung niedergelegt ist, zu achten und zu sichern. Das deutsche Volk muß sich wieder Achtung und Vertrauen in der Welt verschaffen. Das kann es nur, wenn Deutschlands öffentliches Leben mit wahrhaft demokratischer Besinnung und sozialem Geist durchdrungen ist. Von großer Bedeutung für unsere Zukunft ist Deutschlands Außenpolitik. Hier gilt es, die Politik der Verständigung im Geiste der Gerechtigkeit und wahrhafter Völkerverbrüderung zu führen. Die Rechte der Völker auf Freiheit und Selbstbestimmung müssen gewahrt werden. Die seitliche Außenpolitik muß fortgeführt werden, um endlich zu einer Räumung der besetzten Gebiete zu gelangen und eine Lösung der Sicherheitsfrage zu finden, die dem Ansehen und Ansprüchen des deutschen Volkes gerecht wird. Deutschland soll dem Völkerverbund beitreten.

Mit diesem Willen tritt der Kandidat des republikanischen Volksblodes vor die deutsche Wählerchaft. Zwei Heerführer stehen bei dieser Wahl im Feld. Aber der einen schwebt die Fahne der Republik, das alte Freiheitsbanner Schwarz-rot-gold und auf der Gegenwehr die Monarchistenfahne Schwarz-weiß-rot.

Zwei Lager stehen am 26. April einander gegenüber.

Auf der einen Seite die Arbeitgeberverbände mit ihrem gelben Anhang, auf der anderen Seite wir freien Gewerkschafter, neben den christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, die in den Gewerkschaften verbundenen Arbeitermassen, die schon oft gemeinsam im harten Kampf gegen die Reaktion zusammengestanden haben.

Auf der einen Seite die nationalen Offizierverbände mit ihren hurrapatriotischen Anhänglern Stahlhelm, Wiking, Werwolf und Potentkrenz, auf der anderen Seite die Organisationen der Mannschaften unter der gemeinsamen Führung des Reichsbanners Schwarz-rot-gold.

Auf der einen Seite die Hausbesitzervereine und der Reichslandbund, die Käufer nach Konjunkturgewinnen und Wucherzöllen, auf der anderen Seite die Mietervereine und die Organisationen der Konsumenten.

Auf der einen Seite deutschnationale Monarchistenherrlicher und volksparteiliche Seidackpolitiker, auf der anderen Seite Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum.

Der Monarchist Jarres oder der Republikaner Marx?

So stehen die Dinge und so kann es für den Mann und die Frau aus dem arbeitenden Volke überhaupt keine Frage mehr geben, auf welcher Seite sie mitzukämpfen haben.

Gewiß ist dem deutschen Volke noch der kommunistische Zählmann Thälmann präsentiert, da aber diese Kandidatur als Zählkandidatur keinerlei Aussicht auf Erfolg hat, ist sie praktisch vollständig bedeutungslos. Die Stimmen, die sie auf sich vereinigen wird, sind für ein Phantom hingeworfen und kommen indirekt der monarchistischen Reaktion zugute.

Wir schreiten das erste Mal zur Wahl des Reichspräsidenten und bei dieser Wahl sind andere Mittel anzuwenden, als es bei den Reichstagswahlen der Fall ist. Bei der Reichstagswahl kann selbst die schwächste Gruppe, gestützt auf den Proporz des Wahlrechtes, noch zur Geltung kommen. Es ist immer möglich, sofern sich genügend Wähler finden, eine Vertretung in den Reichstag zu bekommen, die dort dann weiter für die Sonderwünsche ihrer Wähler wirken kann. Bei der Präsidentenwahl ist nichts von dem. Es ist nur ein Mann zu wählen und der kann nicht nach Parteiunterschieden ausgewählt werden. Hier ist nötig, nach größeren Gesichtspunkten zu urteilen. Da Politik die Kunst ist, mit den tatsächlichen Mitteln das Möglichste zu erreichen, so muß notgedrungen der sozialistische Politiker und der mit ihm Fühlende anerkennen, daß die republikanische Kandidatur Marx unter den tatsächlichen Verhältnissen das Erreichbare war. Hat diese Erkenntnis Platz gegriffen, dann ist auch klar, daß für diese Präsidentenwahl alles angelegt werden muß. Jetzt gilt es. Die Parole sei:

Nieder mit dem Rechtskurs und den monarchistischen Plakhaltern in der Republik! An die Spitze Deutschlands gehört ein Republikaner!

Am 26. April muß es heißen, alle Stimmen dem Republikaner

Wilhelm Marx

Wer Wahlenthaltung läßt, fördert die Reaktion, das gleiche tut der, der seine Stimme Parteiinteressen opfert.

Heimarbeiter-Ausstellung

Es dürfte bekannt sein, daß in Deutschland trotz stark entwickelter Industrie noch in umfangreicher Weise Heimarbeiter besteht. Weniger bekannt sind die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Heimarbeiter.

Das Familienheim des Arbeiters ist in seinen Räumlichkeiten im allgemeinen sehr bescheiden, oder deutlicher ausgedrückt, als eng und klein zu bezeichnen. Wenn noch solche unzulängliche Räumlichkeiten als Arbeitsräume verwendet werden müssen, dann ist es für einen sozial denkenden Menschen eine Selbstverständlichkeit, daß diese Arbeitsmethode für die Heimarbeiter und -Arbeiterinnen, sowie deren Familien zu gesundheitlicher Beziehung eine große Gefahr bedeutet. Verächtlicht man die oftmals geringe Entlohnung, so ist auch die wirtschaftliche Benachteiligung für diese Arbeiter leicht erkennbar. Wenn dann weiter noch beachtet wird, daß die Frau des Heimarbeiters und sogar seine Kinder, die mitunter das schulpflichtige Alter noch nicht erreicht haben, mitarbeiten müssen, dann muß jeder mitfühlende Mensch solche Bestrebungen, die Schäden der Heimarbeit zu beseitigen, als berechtigt und dringend notwendig anerkennen. Nicht nur wegen der Heimarbeiter und deren Familien selbst, sondern auch um das Ansehen des deutschen Volkes zu heben, sind diese sozialen Bestrebungen erforderlich.

Eine derartige Auffassung kann nicht mit der sonst üblichen Bemerkung zurückgewiesen werden, „daß es in anderen Industrieländern noch schlimmer bestellt ist“. Die Tatsache, daß Heimarbeit in dem produktionsstechnisch hochentwickelten Industriestaat Deutschland noch vorhanden ist, ist bedauerlich. Wäre es nicht möglich gewesen, daß, wenn auf der einen Seite die Konzernbildung der verschiedenen Industriegruppen als eine dringende Notwendigkeit für den Wirtschaftsstaat begriffen wird, dann Geld-, Staats- und Wirtschaftsmänner sich mit gleichem Eifer für die Beseitigung der Heimarbeit eingesetzt

hätten? Schaffung von Betriebswerkstätten, Veranbarung der Fabrikräume oder ähnliche Maßnahmen hätten zwar in den letzten Jahren keine vollständige Beseitigung der Heimarbeit erzielt, aber eine wesentliche Einschränkung derselben hätte sich doch bemerkbar gemacht.

Man kann und darf nicht behaupten, daß die Heimarbeit nur eine unbedeutende Begleitererscheinung im deutschen Industriestaat sei. Bei der Bekleidungsbranche, der Holz- und Textil-, Leder- und Sattlerwarenindustrie sowie bei anderen Industrien ist Heimarbeit vorhanden, sogar zum Teil im nennenswerten Umfang. Auch viele Fabrikationsgegenstände der Eisen- und Metallindustrie werden durch Heimarbeit hergestellt, mindestens wird Teilarbeit verrichtet (Stanzspielzeugwaren, Schmutzindustrie, Schloßbranche usw.).

Aus dieser kurzen Schilderung ist ersichtlich, daß es auch zu den gewerkschaftlichen Aufgaben gehört, an der Beseitigung der Heimarbeit mitzuarbeiten. Da auch andere Kreise, die nicht zu der Arbeiterbewegung gehören, eine derartige Tätigkeit als ihre soziale Pflicht betrachten, so haben die Gewerkschaften um so mehr Veranlassung, derartige Maßnahmen zu unterstützen. Die öffentliche Meinung muß von Zeit zu Zeit in geeigneter Weise für eine solche soziale Handlung beunruhigt werden. Die Kapital- wie Industriebesitzer, alle Unternehmer, sowie kleinere, mittlere und große Betriebsinhaber sind zu veranlassen, auch hier ihre „Konzentrationspolitik“ oder sagen wir, ihr soziales Verständnis in einer für die Arbeiterschaft günstigen Weise zu bezeugen. Staatliche und kommunale Behörden, sowie Reichs- und Landesregierungen müssen mithelfen, die Heimarbeitschäden zu beseitigen. Unbekannt sind diesen Stellen die hier kurz geschilderten Tatsachen nicht. In Broschüren, Büchern, Zeitungsartikeln usw. ist die Öffentlichkeit schon lange vor dem Krieg auf diese sozialen Mißstände aufmerksam gemacht worden. Auch der Vorstand unserer Organisation hat im Jahre 1904 in einer Broschüre: „Die Heimarbeit und ihre Verbreitung in der Metallindustrie“ (Druck und Verlag von Alexander Schilde & Co., Stuttgart) in schriftlicher, zusammenhängender und übersichtlicher Weise die damaligen Verhältnisse der Heimarbeiter und ihrer Familien geschildert. Auch ist in den Jahren 1904, 1906 und 1908 durch Ausstellung von Heimarbeitsgegenständen versucht worden, die Öffentlichkeit für die Heimarbeit zu interessieren. Die größte Ausstellung war die vom Jahre 1908 in Berlin. Dieselbe wurde damals von der „Gesellschaft für soziale Reform“ geleitet.

Gewiß sind seit dieser Zeit einige Verbesserungen zu verzeichnen. Der Krieg und dessen Nachwirkung, die Inflationszeit sowie die dadurch entstandenen Verhältnisse haben leider eine weitere Verbesserungsmöglichkeit auf diesem Gebiet verhindert. Diesbezügliche ernsthafte Bestrebungen haben sich von den bescheidenen Kreisen, sowie von behördlichen wie gesellschaftlichen Körperchaften in wirksamer Weise nicht bemerkbar gemacht, obwohl dieses nach unserer Meinung möglich war.

Wohl ist im Jahre 1912 das Hausarbeitgesetz in Kraft getreten. Danach waren Maßnahmen zur Hebung und Sicherstellung der wirtschaftlichen Lage der Hausarbeiter durch behördliche Anordnung möglich. Allerdings ist diese gesetzliche Bestimmung nicht zwingender Art, sondern nur eine Kannbestimmung. Der betreffende Wortlaut dieses Gesetzes heißt zum Beispiel: „Die Polizeibehörde kann veranlassen...“ Fachauschüsse waren schon damals vorgesehen, das heißt der Bundesrat konnte schon vor dem Kriege die Bildung solcher Ausschüsse anordnen. Im Jahre 1923 wurde die bestehende gesetzliche Bestimmung etwas verbessert. Die Fachauschüsse können auch Mindeststundenlöhne festsetzen und Bestimmungen treffen, wonach die Entlohnung durch Naturalien unzulässig ist. Aber in Wirklichkeit werden oft derartige Bestimmungen, Anordnungen und Beschlüsse nicht befolgt.

Es ist daher nur zu begrüßen, wenn in diesem Jahre wieder durch eine Heimarbeiter-Ausstellung versucht werden soll, vermittelt zahlreicher und sonstiger Beweise, wie durch entsprechende Aufklärung in Wort und Schrift, wenigstens eine Beseitigung der größten Mißstände der Heimarbeit zu ermöglichen.

Die Öffentlichkeit, mindestens die Erwerbstätigen und Sozialverständigen jeden Standes innerhalb des deutschen Volkes müssen von den Schattenseiten der Heimarbeit Kenntnis erhalten. Dieses wird durch die Art der diesjährigen Heimarbeiter-Ausstellung möglich sein. Die Leitung hat die Gesellschaft für soziale Reform wieder übernommen. Die Ausstellung dauert vom 28. April bis 15. Mai in Berlin (Zentralausstellungsgebäude am Lehrter Bahnhof). Damit wird eine Belebung der sozialen Bestrebungen zugunsten der Heimarbeiterchaft eintreten.

In einem weiteren Artikel werden wir über die einzelnen Einrichtungen wie Verhältnisse in den verschiedenen Gegenden Deutschlands, wo Heimarbeit für Eisen- und Metallindustrie in Betracht kommt, sowie über die einzelnen Ausstellungsgegenstände und deren Herstellung selbst eine entsprechende Darstellung veröffentlichen.

Aber schon jetzt muß die Ursache wie der Zweck dieser Heimarbeiter-Ausstellung unseren Kollegen und wenn möglich, weiteren Kreisen bekannt gemacht und für entsprechende Aufklärung gesorgt werden.

Auch unser Verband wird eine große Anzahl von Heimarbeiterprodukten aus der Edelmetall-, Metall- und Eisenbranche ausstellen. Ein Ausstellungsbesuch wird auch für die Kollegen lohnend und interessant sein, die nicht zu der Heimarbeiterchaft gehören. Wer daher in der Lage ist, sollte einen solchen Besuch nicht unterlassen. Man wird seine Kenntnisse erweitern und sich veranlaßt fühlen, ein Mitkämpfer für die Beseitigung der Heimarbeit und deren Schäden zu werden. D. S.

Aus dem Reichstag

Bei der Beratung des Justizgesetzes wurde im Reichstage auch die sehr brennende Frage der Ehescheidung bzw. der Eriechterung der Ehe eingehend behandelt. Der Redner des Zentrums, ein Oberstaatsanwalt aus Breslau, schmitt dieses Thema an und behandelte es von seinem einseitigen sozialistischen Standpunkte aus. Er wandte sich scharf gegen einen sozialdemokratischen Antrag, der verlangt, daß eine Ehe auch dann geschieden werden kann, wenn zwar kein Verschulden eines der beiden Ehegatten vorliegt, wenn aber eine so tiefe Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses besteht, daß keine begründete Aussicht auf Herstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Gemeinschaft vorhanden ist oder, anders ausgedrückt, wenn ein erträgliches Zusammenleben der beiden Ehegatten zur Unmöglichkeit geworden ist. Wegen einer solchen Eriechterung der Ehescheidung sprechen nach der Behauptung des Redners sehr gewichtige religiöse, sittliche und staatspolitische Gründe. Die Fuldaer Bischofskonferenz — zweifellos eine Versammlung von Sachverständigen in ehelichen Dingen — hat in einem Schreiben an den Reichstag und die Reichsregierung erklärt: „Ehe und Familie sind die heilige Keimzelle des Volksebens und der Volkskraft. Nur da, wo Treue bis in den Tod die Gatten einträgt, kann der Ehebund seine segensreichen Früchte tragen. Mit der Eriechterung der Ehescheidung aber schwindet die starke Selbstüberwindung, die den Ehestand zu einer Charakterstudie macht. An deren Stelle tritt Unbeherrschtheit und Verfahrtheit infolge des Vorherrschens niedriger Leidenschaften. Die Eriechterung der Ehescheidung ist eine Konzession an jene Freigabe, die nicht dulden ausbarrt, nicht Opfer bringen will, sondern der Raune, der Leidenschaft und dem Wankelmut die Fäden schießen läßt.“ In bezug auf die Kinder geschiedener Eheleute heißt es in dem Schreiben: „Namentlich um der Kinder willen muß die Unauflöslichkeit der Ehe geschützt werden. Wenn Eltern, sobald heftige Leidenschaften oder Charakterchwäche ihnen einen Grund vorpiegelt, um das Eheverhältnis als zerrüttet bezeichnen zu können, die Auflösung des Bundes anstreben dürfen, dann ist die Erziehung der Kinder aus schwerer Gefahr. Das traurige Bild der Eltern, die so auseinandergehen, ist ein schlimmes Erbe für das ganze Leben der Kinder, die durch Charakterchwäche und Leidenschaft der Eltern zu vater- oder mutterlosen Waisen werden und in der Charakterchwäche der Eltern das traurigste Vorbild für ihre eigene sittliche Haltung stets vor Augen haben.“

Der Zentrumredner erfuhr in seinen Ausführungen von allen Seiten entschiedenen Widerspruch. Der Redner der Volkspartei, Prof. Dr. Kahle, legte scharfe Vermahnung dagegen ein, daß die Eriechterung der Ehescheidung gegen die Sittlichkeit verstoße. „Es handelt sich nicht darum“, so sagte er, „Recht und Gerechtigkeit zu verletzen, sondern darum, einen klaffenden Riß zwischen Recht und Leben zu schließen. Es handelt sich lediglich darum, daß neben dem Ehescheidungsgrund der verschuldeten Zerrüttung auch der Ehescheidungsgrund der unverschuldeten Zerrüttung anerkannt wird. Als Werkzeug evangelischer Christ habe ich eine sehr strenge Auffassung von der Heiligkeit der Ehe, aber von der Notwendigkeit, eine Eriechterung der Ehescheidung zu ermöglichen, bin ich jenseitig überzeugt. Es geht für mich fest, daß die mit Zwang auferlegt erhaltenen, gänzlich zerrüttete Ehescheidung und dem Wesen der Ehe widerspricht.“ Auch der demokratische Redner, Landgerichtsdirektor Dr. Braun, nahm denselben Standpunkt ein. Er verwahrte sich dagegen, daß eine Eriechterung der Ehescheidung die Grundlagen unseres Volksebens erschüttern werde. Es müsse aber die Möglichkeit geschaffen werden, eine zerrüttete Ehe zu scheiden, weil ein ferneres Zusammenleben eine Qual für die Ehegatten sei und weil auch die körperliche, geistige und sittliche Erziehung der Kinder in einer solchen Ehe aus äußerster Gefahr erlöset werde. Es würde besser sein, solche Ehen zu trennen und die Kinder dem einen Ehegatten zur alleinigen Erziehung zu übergeben.

Die sozialdemokratische Rednerin umgriff die Forderung ihres Kollegen, Zwecklos sei es ein Kind, aus niedrigen Trieben heraus leibhaftig zu trennen, ein Eheleben zu zerreißen zu wollen, was schon mit Rücksicht auf die Kinder verurteilt werden müsse, aber wenn man einmal aus wichtigen Gründen ein ferneres Zusammenleben der Ehegatten unmöglich geworden sei, so bleibe nichts anderes übrig, als eine solche Ehe, die gar keine Ehe mehr sei, zu scheiden. Das liege auch im Interesse der Kinder, die in einer völlig zerrütteten Ehe jagende gehen müssen. Der Reichsjustizminister erklärte kurz und bündig, daß er, solange er im Amte sei, niemals die Hand dazu bieten werde, eine erlösete Ehescheidung durch ein Gesetz zu ermöglichen. Das sind allerdings schöne Ansichten für die so dringend notwendige Eheform. Glücklicherweise wird der alte Herr nicht ewig im Amte bleiben, die Entscheidung wird über ihn hinweggehen.

Auch die sehr wichtige Frage der Geburtenregelung wurde bei dieser Gelegenheit im Reichstage erörtert, und auch hier trat der Gegensatz zwischen der modernen Auffassung und der überlebten Anschauung der am Althergebrachten klebenden Menschen deutlich zutage. Die moderne Auffassung läuft darauf hinaus, daß unter Umständen, wenn eine dringende Notwendigkeit vorliegt, nach reiflicher Erwägung und Beratung einem erfahrenen Arzte die Erlaubnis gegeben werden müsse, die im Erischen begriffenen Schwangerschaft zu unterbrechen. Dies sei aus gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gründen notwendig, denn ein einziges Kind könne für eine proletarische Frau ein Unglück darstellen. Darum müsse die Schwangerschaftsunterbrechung gesetzlich geregelt werden, um der wilden Abtreiberin, der zahllose weibliche Personen zum Opfer fallen, ein Ende zu machen. Die Gegenpartei der Reaktionen, daß durch ein solches Gesetz die Frau gesundheitlich und seelisch gefährdet, daß der Mutterbegriff verächtlich und daß das Weib zu einem Objekt geschlechtlicher Leidenschaft erniedrigt werde, haben sich längst als leere Redensarten herausgestellt. Gerade unter den heutigen Umständen wird die Proletarierin unter das Tier herab-

gedrückt und zu einem willenlosen Opfer männlicher Geschlechtslust gemacht, erst wenn sie das Recht bekommt, über ihren Leib zu verfügen, wird sie zu einem wahren Menschen werden. Das bedeutet keine Äußerlichkeit und keine Verantwortungslosigkeit, das bedeutet eine auf dem Bewußtsein der Verantwortlichkeit beruhende persönliche Freiheit des Weibes. Leider besteht keine Aussicht, daß der gegenwärtige Reichstag den berechtigten Forderungen der proletarischen Frau Rechnung tragen wird. Das sollten sich die Proletarierinnen für künftige Wahlen merken.

Aufwertung in der Sozialversicherung

Nachdem mit Schöpfung der Rentenbank und Einführung der Rentenmark die deutsche Währung wertbeständig wurde, mußte auch eine Umstellung der Beiträge und Leistungen aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung erfolgen. Die Leistungen aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung wurden nach der Inflation erstmalig durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 16. April 1924 auf Rentenmark umgestellt.

Bei den Versicherungsansätzen mußte die Geldentwertung noch weitergehend wirken, weil diese sich nicht mit der Art von Geldgeschäften, wie dieses die Privatbanken konnten, beschränken. So mußte dann mit Beginn der neuen Währung die Sozialversicherung vollständig neu aufgebaut werden. Durch die Verordnung vom 16. April 1924 werden die Renten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung ohne Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft oder auf die Zahl der entrichteten Beiträge, soweit der Rentenanspruch gegeben war, einheitlich festgesetzt. Der Grundbetrag der Invalidenrente wurde auf 120 R.-M. jährlich oder 10 R.-M. monatlich (§ 1265 RVO) und der Reichszuschuß für die Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten auf 36 R.-M. jährlich oder 3 R.-M. monatlich, für jede Waisenrente auf 24 R.-M. jährlich oder 2 R.-M. monatlich (§ 1266 RVO) festgesetzt. Es belam somit ein Invalidenrentenempfänger 13 R.-M. monatlich, eine Witwe oder ein Waise 60 R.-M. des Grundbetrages, ist 6 R.-M. und 3 R.-M. Reichszuschuß, also 9 R.-M., eine Waise bekam 50 R.-M. des Grundbetrages gleich 5 R.-M. monatlich und 2 R.-M. Reichszuschuß, also 7 R.-M. monatlich als Rente ausbezahlt. Durch Gesetz vom 31. Juli 1924 wurde der Reichszuschuß für die Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten um 12 R.-M. jährlich oder 1 R.-M. monatlich erhöht. Hiermit betrug die Invalidenrente 14 R.-M., die Witwen- und Waisenrente 10 R.-M. monatlich. Für die Waisenrente blieb es bei dem Reichszuschuß von 24 R.-M. jährlich oder 2 R.-M. monatlich.

Für die Steigerung der Rente nach der Zahl und dem Wert der vermerkten Beitragsmarken wurden 10 R.-M. der ab 1. Januar 1924 gültig entrichteten Beiträge gewährt. Eine Veranschlagung der vor dem 1. Januar 1924 verwendeten Beiträge erfolgte nicht. Diese letzte Veranschlagung bedeutet für die alten Rentenempfänger, welche schon jetzt, teilweise unter recht schwierigen Verhältnissen, eine große Zahl von Beiträgen verwendet haben, eine unbillige Härte. Diese Ungerechtigkeit wird nunmehr durch ein neues Gesetz, welches unterm 21. März 1925 im Reichsarbeiter verabschiedet wurde, gemildert. Für die Invalidenversicherung wird nach dieser Neuregelung ab 1. April 1925 der Reichszuschuß (§ 1265 RVO) von 48 Reichsmark auf 72 Reichsmark, also um 24 R.-M. jährlich oder 2 R.-M. monatlich für die Invaliden-, Witwen- und Waisenrente erhöht. Der Reichszuschuß für Waisenrente wird mit dem gleichen Termin von 24 R.-M. auf 36 R.-M., also um 12 R.-M. jährlich oder 1 R.-M. monatlich erhöht. Außer dieser allgemeinen Erhöhung der Rente durch Steigerung des Reichszuschusses findet ab 1. April 1925 eine weitere Erhöhung der Rentenbeträge auf Grund der bis zum 30. September 1921 für die Lohnklassen II bis V entrichteten Beiträge statt. Der Erhöhungsbetrag für jede bis zum 30. September 1921 verwendete Beitragsmarke beträgt: in Lohnklasse II 2 R.-M., in Lohnklasse III 4 R.-M., in Lohnklasse IV 7 R.-M. und in Lohnklasse V 10 R.-M. Nach dieser Neuregelung würde sich die Rente für einen Rentenempfänger, welcher von Beginn seiner Versicherungszeit bis zum 30. September 1921 500 Beiträge der Lohnklasse III verwendet hat, wie folgt berechnen:

Grundbetrag	120.— R.-M.
Reichszuschuß	72.— „
Steigerungsbetrag 500 mal 4 R.	20.— „
Mithin jährlich	212.— R.-M.
oder monatlich 212 : 12 gleich	17,67 „

Wenn in Betracht gezogen wird, daß die Steigerungsbeträge vor dem Kriege in Lohnklasse II 6 R.-M., in Lohnklasse III 8 R.-M., in Lohnklasse IV 10 R.-M. und in Lohnklasse V 12 R.-M. betragen, weiter aber auch die entrichteten Beiträge für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 31. Dezember 1923 für die Verwendung der Steigerungsbeträge nicht in Frage kommen, so ergibt sich, daß besonders bei den höheren Lohnklassen an der Friedensrente noch erhebliches fehlt. Bei Verwendung der Witwen- und Waisenrente wird der Erhöhungsbetrag ebenso wie der Grundbetrag nur mit sechs Zehntel und bei Berechnung der Waisenrente der Steigerungsbetrag für jede Marke mit fünf Zehntel in Anrechnung gebracht. Das der Invalidenrentenempfänger eheliche Kinder unter 16 (früher 15) Jahren, so erhält er für je eines von ihnen jährlich 36 R.-M. oder monatlich 3 R.-M. als Kinderzuschuß. Der Fortfall des Kinderzuschusses tritt mit dem ersten Tage des Monats, nach dem Auscheiden des Kindes ein. Bei Eintritt eines Kindes erfolgt die Zahlung des Kinderzuschusses ebenfalls zum ersten Tage des folgenden Monats an. Für eheliche, für ehelich erklärte oder an Kindespart angenommene Kinder wird der Kinderzuschuß bis zum vollendeten 14. Lebensjahre gezahlt, ganz gleich, ob das Kind selber Einkommens hat oder auch vom Rentenempfänger unterhalten wird.

H. Feldmann, Neuhaldensleben.

Um die Deutschen Werke

Nachdem lange Zeit die Arbeiterchaft über das Schicksal der Deutschen Werke im unklaren gelassen wurde, ist jetzt endlich Klarheit geschaffen. Die Deutschen Werke befinden sich in ihrer jetzigen Form nicht mehr. Sie sind in Einzelunternehmungen zerfallen, die aber nach wie vor im Besitz des Reiches bleiben sollen. Man wird die weitere Entwicklung abwarten müssen.

Die Deutschen Werke hielten am 27. März ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Reichsminister a. D. Albert, benutzte in der Generalversammlung die Gelegenheit, um die in der Presse sehr scharf kritisierte Produktions- und Finanzumstellung des Unternehmens zu begründen und zu rechtfertigen. Er führte aus, daß das Reich mit Rücksicht auf das Automobilprogramm der Deutschen Werke die Mittel für die Weiterführung der Produktion verweigerte, so daß der Verwaltung nichts anderes übrig blieb, als durch Abstoßen unrentabler Betriebe und dadurch, daß der Verjud gemacht werden soll, das Privatkapital zur Mitwirkung heranzuziehen, die Betriebsmittel sich zu beschaffen. Das Kernstück des Unternehmens ist das Automobilprogramm. Die scharfe Beschneidung der Werke von seiten der Privatindustrie dürfte jetzt mildere Formen annehmen, nachdem auch in der Privatindustrie die Erkenntnis durchgedrungen ist, daß die Zukunft der Automobilindustrie in der Herstellung des kleinen Automobils nach amerikanischem Muster und in der Anwendung amerikanischer Arbeitsmethoden liegt. Die heftige Pressefurchung hat große Werke des Unternehmens zerstört. Die Verwaltung hofft, daß jetzt Ruhe eintritt, so daß eine ungehinderte Entwicklung des Unternehmens möglich ist. Wenn es sich auch nicht lohnt, sich mit gewissen Presseergebnissen zu beschäftigen, sei doch die Kritik der Presse schon einer Erwiderung wert. Es sei ein Geburtsfehler des Unternehmens gewesen, daß es nicht mit den nötigen Betriebsmitteln ausgestattet wurde. Zwar erhielt es etwa 80 Millionen Reichsmark, doch mußte es 65 Millionen dem Reich als Kaupreis für Einrichtung, Waren usw. zurückerstaten. Bei der Bewertung der Waren, welche den Deutschen Werken überlassen wurden, darf man nicht vergessen, daß es sich um Kriegswaren — damit ist die Qualität gekennzeichnet — handelt, aber noch nicht einmal um die wertvollsten, denn diese wurde durch das Reichswertungsamt bewertet. Man hat darauf hingewiesen, daß es doch der privaten Rüstungsindustrie gelungen sei, sich schnell und erfolgreich umzustellen. Dabei ist aber eins vergessen worden, nämlich die Tatsache, daß die private Rüstungsindustrie aus ihren überreichen Verbiegen während der Kriegszeit sehr erhebliche Mittel als Reserven in die Nachkriegszeit mit hinübergenommen hat und daß ihnen eine fertige lausnämliche Organisation in ihren Betrieben zur Verfügung steht. Nach dem Versailler Vertrag hätte die gesamte Rüstungsindustrie zerstört werden müssen, und es war ein Entgegenkommen der Entente, daß sie die Umstellung gestattete und daß sie sich mit einer Kontrolle der umgestellten Betriebe begnügte, die natürlich für die Arbeiter der Deutschen Werke sehr hemmend ist, schon der Vorwurf des Verbrauchs der Substanz, der aus der Reichsmarkterlösbilanz hervorzugehen scheint, ist völlig unbegründet. Bei der Reichsmarkterlösbilanz werden die einzelnen Werke nach dem Grundtag der Rentabilitätsmöglichkeit eingeteilt. Dieser Wert ist natürlich erheblich niedriger als der wirkliche. Die Substanz ist vorhanden, ja sogar verbessert worden. Wenn aus der Tatsache, daß die Deutschen Werke vielfach im Wettbewerb mit niedrigeren Angeboten als die Privatindustrie auf dem Markt gekommen ist, was natürlich ihr gutes Recht ist, der Schluß gezogen werden soll, daß in den Deutschen Werken die lausnämliche Kalkulation fehlt, weil sie mit Zuschüssen arbeiten, so ist das irreführend. Die Deutschen Werke kalkulieren ebenso wie die Privatindustrie haarklein.

Der Beschäftigungsort im Sinne der Krankenversicherung

Die Bestimmung des Beschäftigungsortes ist in der Krankenversicherung von Wichtigkeit, da sich nach ihm die Zugehörigkeit zu einer Krankenkasse richtet. Die gesetzlichen Vorschriften sagen darüber zunächst, daß Beschäftigungsort der Ort ist, an dem die Beschäftigung tatsächlich stattfindet. Von diesem starren Grundlag sind verschiedene Ausnahmen gemacht, da er sich ohne Schädigung der Beschäftigten nicht durchführen läßt. Danach gilt für Beschäftigte, die sonst an einem festen Arbeitsstätte beschäftigt werden, diese dann auch als Beschäftigungsort, wenn sie für längere Zeit außerhalb der Betriebsstätte von ihrem Arbeitgeber beschäftigt werden. Das ist z. B. der Fall bei Monteuren, Maurern, Zimmerleuten und Bauarbeitern. Bei Beschäftigten, die nicht am Orte des Betriebes wohnen und ständig von ihrem Wohnort aus für den Betrieb tätig sind, gilt der Wohnort als Beschäftigungsort. Bei Reisenden und Versicherungsagenten wird das die Regel sein.

Die staatsgefährlichen Arbeiter-Abstinenten

Die deutschösterreichische Freiheitspartei des Preussischen Landtags hat an die Regierung die folgende Anfrage gerichtet: „Dem Arbeiter-Abstinenzbund fließen dauernd staatliche und kommunale Gelder sowie solche aus Sozialversicherungsanstalten zu. Da dieser Bund eine ausgeprägten sozialdemokratischen Organisation darstellt, welche in schärfster Weise Klassenkampf und Klassenhaß predigt und auch die Jugend in diesem Sinne erzieht, so fragen wir das Staatsministerium: Wie rechtfertigt es die Verwendung öffentlicher Gelder an diese Organisation?“ Die Behauptung, der Arbeiter-Abstinenzbund erhalte öffentliche Gelder in überreichlichem Maße, ist eine gewaltige Übertreibung. Der Bund erhält wie alle alkoholgegnerischen Vereine nur einen mäßigen Zuschuß vom Reich. Aber es ehrt die Arbeiter-Abstinenz, daß sie sich den Groll der deutschösterreichischen Regierung haben. Der Kampf der sozialistischen Alkoholgegner muß ja diese wütenden Arbeiterfeinde in Empörung versetzen. Denn je näher dem das Proletariat ist, um so früher wird es mit den Reaktionsären fertig werden.

Was die Technik Neues bringt

Von Dipl.-Ing. R. Rugg (Schlußwort)

Schleppfähige Hochspannungsrichtung. — Regelmäßiger Autokontroll durch die Sahara. — Die drahtlose Telephonie im Dienst der Polizei. — Drahtlose Bildübertragung. — Mit Gummi gefüllte Straßen.

Amer den vielen Tausenden von Arbeitern und Handwerker, die täglich in den großen technischen Betrieben ein- und ausgehen, gibt es erfahrungsgemäß immer einige, die es mit der Technik nicht allzu genau nehmen. Die von den großen Industriewerken angelegten Hochspannungsleitungen, in denen in langen Reihen alle jene Gegenstände zur Sahara gestellt werden, die aus der Fabrik hinausgeschleppt werden müssen, legen hierfür ein breites Feld ab. Während der Instandhaltung solcher aus der Fabrik hinausgeschleppten Gegenstände, und zwar waren es meistens kleinere Stücke Blei, Zinn, Kupfer, Bronze, Eisenblech und dergleichen, die auseinander zu zerlegen sind, werden die Gegenstände durch die Däbe ein- und heraus geholt und nach ganz gewöhnlicher oder höchstens zusammengekauften Lösungen. Die großen Werke verwenden dazu eine Zahl von Kontrollbeamten, die an den Hauptstellen Aufstellung nehmen und das Recht erziehen, jedes ihnen verbotlich erscheinende Verhalten abzuweisen oder einer Verhinderung zu unterziehen. Man kann sich nun dazu über, selbständige Kontrollvorrichtungen an den Hauptstellen einzurichten, die behaupten in wissenschaftlicher Weise, daß durch Einwirkungen von Metallstücken in Selbstüberwachungszustand sich die Hochspannungsleitungen ändern und der Ausbruch dieser Änderung durch geeignete Arbeitsmethoden sehr leicht gelingt. Außerdem kann man auch durch Einwirkungen von Metallstücken zwischen zwei benachbarten Hochspannungsleitungen eine Spannung herbeiführen oder deren Spannung verändern. Die praktische Anwendung dieses Verfahrens auf die Hochspannungsleitungen erfolgt nun darauf, daß die Selbstüberwachungszustand — ein Begriff, der heute jedem Radiomann bekannt ist — eines der beiden miteinander geschlossenen Spannungszustände der Zellen eines Leuchtorgans besitzt. Sehr nun ein Mann, der in

seiner Richtung ein Metallstück verdrängen hält, durch dieses Tor hindurch, so zeigt das Telefon eines in der Fernerlogge untergeordneten Hochspannungsleiters sofort einen deutlich bemerkbaren Ton an, der wieder verschwindet, sobald das Tor durchschritten ist. Die Anordnung muß natürlich auf eine bestimmte, passende Empfindlichkeit abgestimmt werden. Ist diese zu groß, so springt die Kontrollvorrichtung schon an, wenn die zu prüfende Person eine Uhr, eine Metallbox, einen Koffer oder ähnliches bei sich trägt. Ferner ist dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeiter ihre metallenen Werkzeugzeuge auf einen neben dem Torbogen befindlichen Tisch abstellen können, bevor sie den Durchgang durchschreiten.

Der letzte Gedanke, die Wüste der Sahara im Auto zu durchqueren, ist in der letzten Zeit wiederholt in die Tat umgesetzt worden. Der etwa zwei Jahren gelang es einer mit Kraftwagen ausgerüsteten Expedition, die Sahara innerhalb 24 Tagen zu durchqueren und jetzt berichtet, daß der französische Automobilist Citroen in 6 Tagen mit einem Wagen ohne Schwierigkeiten von Dakar, in der Nähe der afrikanischen Westküste, bis nach Timbuktu fuhr. Die Autos besaßen eine besondere Vorrichtung, die sich gut bewährte, sie waren außerdem — und das ist das Neue — mit Benzol gefüllt, die als Treibmittel die Verwendung pflanzlicher Öle ermöglichen, die in Afrika in großen Mengen und an allen Orten zu billigen Preisen erhältlich sind. Nach den Berichten französischer Zeitungen ist nun vor kurzem auf dem Wege eines französischen Automobilisten eine Gesellschaft gegründet worden, die im Januar 1925 begreift, einen regelmäßigen Automobilverkehr durch die Sahara einzurichten. Es ist beabsichtigt, wöchentlich einmal Wagen abfahren zu lassen. Für die Fahrt von Dakar nach Timbuktu sind 12 Tage vorgesehen. Die Reise geht zunächst mit der Bahn nach Marseille (12 Stunden), von Marseille nach Schiff nach Alger (2 Stunden), von Alger wieder mit der Bahn nach Dakar (12 Stunden), und nun beginnt eine 14tägige Fahrt mit dem Sonderauto, hierauf folgt mit einem anderen Auto eine 10tägige Fahrt, an die sich eine 10tägige Motorbootfahrt auf dem Niger anschließt. Die Reise geschieht in acht Abzügen, von denen der längste etwa 810 Kilometer lang ist; es werden bereits Unterhaltungsstellen, Reparaturstellen errichtet, die, ähnlich einem modernen Hotel,

alle Bequemlichkeiten (elektrisches Licht, Badegelegenheit usw.) aufweisen. Ausreifen durch die Sahara werden ausserdem bald die neuen Wege darstellen. Ohne Zweifel besitzt eine von Strapazen freie Reise durch die Wüste auch besondere Reize, insbesondere sollen die großen Oasen von geradezu märchenhafter Pracht sein. Ingenieur noch, daß sich am Ende des Nigertales für Jagdliebhaber Gelegenheiten bietet, seltenes tropisches Wild, wie Elefanten, Löwen, Krokodile und dergleichen zu erlegen. Regelmäßige Autofahrten quer durch die Sahara, in 12 Tagen von Paris nach Timbuktu! Die Welt wird immer enger.

Das drahtlose Telephonieren vom fahrenden Zug aus kann als bereits gelöst gelten. Selbst vom dahinsausenden Auto aus ist es heute möglich, sich mit einer Station drahtlos zu verständigen. Die Jagdgesellschaften berichten, besitzt die Londoner Polizei Automotoren, die unterwegs jederzeit mit der Polizeizentrale auf diese Art einen Sprechverkehr aufnehmen können. Um zu einem zufriedeneren Ergebnis zu gelangen, war eine lange Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden. So galt es beispielsweise, während der Fahrt eine hinreichend gute Erdung zu finden, die Schirmwirkung der Gebäude, Telephonleitungen und eisernen Brücken auszuschalten, sowie der Störungen Herr zu werden, die durch die Zündfunken des Automotors und die Lichtbögen der Sitzgabeln-Stromabnehmerbögel verursacht werden. Nach etwa zweijährigen Versuchen ist es gelungen, alle diese Hindernisse zu überwinden, und die Londoner Polizei besitzt heute tatsächlich Autos, mit denen sie jederzeit Gespräche ausstellen kann, selbst wenn die Wagen in schneller Fahrt (60 Kilometer) reisen. Die Polizeizentrale sendet mit einer Welle von 750 Meter, während die Sendeanlage im Auto eine Welle von 250 Meter und eine Leistung von etwa 200 Watt besitzt. Besondere Bedeutung besitzt natürlich die funktentelephonische Ausrüstung des Autos. Die Sendeanlage besteht aus fünf parallel verlegten, in einem Rahmen eingepaßten Drahten, die in einer Höhe von 2 Meter über dem Dach des Wagens fest befinden. Die ganze Anordnung ist beweglich und kann auf das Dach niedergehakt werden. Als Stromquelle ist im Auto eine Akkumulatorenbatterie von 12 Volt untergebracht, die zum Feigen der Lampen dient, und eine weitere Batterie von

Ferdinand Lassalle — Georg Herwegh

Ferd. Lassalle zum 100. Geburtstag am 11. April 1825

In der Mitte des vorigen Jahrhunderts erwachte in Deutschland das Bürgertum und meldete in den Revolutionsjahren seine politischen Forderungen an. Es waren die leidenschaftlichen Wünsche von Staatsbürgern, deren wirtschaftliche und gesellschaftliche Verhältnisse sich in einem langsamen geschichtlichen Verlauf zur selbständigen Macht umgewandelt hatten. Mit den staatsbürgerlichen Forderungen dieser neuen Klasse wuchs der Abwehrkampf der Herrschenden. Die konservative, herrschende, bevorrechtete Macht im Staate siegte nach den Jahren von 1850 ab noch einmal auf Jahrzehnte. Ihr Vertreter und Vorkämpfer war Bismarck.

In diesen Konflikt trat ein Mann und wies mit der leidenschaftlichen Vereinsarbeit seines Herzens und der kühlen Sachlichkeit des großen Führers in einem selbständigen Programm der sozialen und beherrschten Masse, deren selbständige Klassenregungen noch schlummerten und nur im hochentwickeltesten industriellen Westdeutschland sich zu zeigen begannen, ihre politischen Aufgaben für die kommenden Kämpfe. Es war Ferdinand Lassalle. Und wenn wir am 11. April d. J. seinen hundertsten Geburtstag feiern, so soll diese weltgeschichtliche Tat wieder zur dankbaren Erinnerung erweckt werden.

Ferdinand Lassalle war ein Lehrer von anerkanntem Ruf. In der Antike hatte er seine Bildung gesucht und in Hegels Philosophie seinen Blick für geschichtliches Werden und seine Gesetzmäßigkeiten geschult. Karl Marx gab ihm das überlegene, wissenschaftliche Rüstzeug und die Revolutionsjahre ihre praktischen Tatsachen. In langwierigen privaten Gerichtsverhandlungen hatte er seitene juristische Kenntnisse erworben. Er war ein glänzender Redner und von ihm wird die hinreißende Klarheit seiner Beweisführung gerühmt. Und wenn Karl Marx der alles durchforschende, alles durchdringende Intellekt der Arbeiterbewegung ist, dann ist Ferdinand Lassalle für sie die wagende, drängende, stürmende Seele geworden.

In die angekündigte und gespannte politische Stimmung trat nun Ferdinand Lassalle vor den Berliner Bürgerverein mit einem Vortrag über das Verfassungsproblem. Es lag dabei nicht in seiner Absicht, die bürgerliche Klasse gegen den reaktionären Damokles zu schwächen, sondern sie in ihrer geschichtlichen Bestimmung vorzubringen. In einem zweiten Vortrag rief er die Maschinenarbeiter und die proletarisierten Handwerker Berlins auf, darüber hinauszugehen ihre eigenen politischen Rechte zu erkämpfen. Eindringlich zeigt er ihnen die Notwendigkeit ihrer politischen Betätigung, ihr allein folgt die gesellschaftliche Erlösung vom doppelten Druck der wirtschaftlich-bürgerlichen und der staatlich-ablügen Bedrückung. Durch den Kampf um die Macht im Staat wird die politische Freiheit errungen, der Weg dazu ist das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht, das Stimmrecht, die Solidarität, die Gemeinmütigkeit und Gegenseitigkeit in der Entwicklung eines neuen, mit sittlicher Tüchtigkeit erfüllten und aufgebauten Gemeinwesens.

Am 24. Februar 1848 brach die Morgenröte einer neuen Geschichtsperiode an... eine Revolution aus, die in Frankreich einen Arbeiter in die provisorische Regierung berief. Die politische Notwendigkeit des vierten Standes, der erste greifbare Schritt zur Verwirklichung der Selbstbehauptung im Staate und der Wahrung der besonderen Interessen zu den beiden andern wirtschaftlichen Mächten erfordert den Zusammenschluß in Organisationen. Dann wird der vierte Stand „der freie, auf welchen die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll,“ dann ist er mächtig genug, einen Schritt der Versöhnung auszuführen, der die ganze Gesellschaft umfasst... und der immer der wahre Schritt des Volkes bleiben wird, um seines Inhalts willen dann noch ein Schritt der Liebe sein wird, wenn er als Schlachtruf des Volkes ertönt.

Darin liegt die ganze, überragende Bedeutung Ferdinand Lassalles, daß er den kulturgeschichtlichen Verlauf der Entwicklung klar erkannt hatte und über sich, aus den wissenschaftlichen Ergebnissen dann aber die praktischen Schlagfolgerungen mit aller Entschiedenheit zog. Er wußte, was er der wirtschaftsgeschichtlichen Krise des Proletariats zutrauen konnte, und löste seine Aufgabe, die vielseitigen, zersplitterten, geographisch und staatlich mannigfaltigen Strömungen des proletarischen Verlangens aus ihrer kleinstaatlichen Verschiedenheit heraus und in den gemeinsamen Fluß eines politischen Parteiprogramms zu reißen, mit glänzender Meisterhaftigkeit. Im gereinigten Augenbild erweckte er aus den Regungen wirtschaftlichen Zusammengehörigkeitsgefühls die politische Forderung, er brachte die Idee, aus den „philosophischen Schulen“ und „religiösen Sekten“ der kommunistischen Bruderverbände für eine geeinte „politische Partei“ zu überzeugen, in Deutschland „wieder gehörig in Fluß“, wie Rodbertus von ihm sagte. Im „Arbeiterprogramm“, das eine seiner wissenschaftlichen Werbestriften ist, spiegelt sich das kommunistische Manifest in seiner Anwendung auf die deutschen Verhältnisse.

24 Volt wird zum Betrieb eines Rotorgenerators verwendet. Die Batterien können entweder von einem Netz aus oder durch eine kleine Dynamo aufgeladen werden, die ihren Antrieb vom Automotor erhält. Alle empfindlicheren Apparate der Sender- und Empfangsanordnung sind auf Federn montiert, welche die während der Fahrt auftretenden Stöße zu dämpfen haben. Befindet sich das Auto außerhalb des Polgebietes, das heißt in einer Entfernung von über 60 Kilometern, so kann es sich immer noch durch drahtlose Telegraphie mit der Zentrale verständigen.

Der erste, der elektrische Wellen in den Dienst der Fernübertragung von Bildern stellte, war Prof. Röntgen, dem es schon in den Kriegsjahren gelang, Kartenzettel drahtlos zu übermitteln. Vor zwei Jahren machte er großes Aufsehen, als dieser Physiker eine Photographie von Rom über die Großkanal-Kauer drahtlos nach Neuzell übertrug, wo sie dreiviertel Stunden nach ihrem Eintreffen bereits in einer großen Tageszeitung zur Veröffentlichung kam. Das Röntgen-Verfahren ist in der letzten Zeit noch weiter verbessert worden, so daß es heute für größere Entfernungen, etwa innerhalb Deutschlands, als vollkommen zuverlässig gilt; insbesondere konnte auch die Zeit, die zu einer Übertragung erforderlich ist, ganz wesentlich abgekürzt werden. Als Beispiel sei erwähnt, daß die drahtlose Übertragung einer Handchrift vom telegraphentechnischen Versuchsort in Berlin nach dem Vortragsaal der Funkstation nur etwa drei Minuten dauerte. Kürzlich gelang es auch einer englischen Gesellschaft, Photographien auf drahtlosem Wege von London nach New York zu übertragen, also auf einer Entfernung von rund 3500 englischen Meilen. Das neue Verfahren stammt von R. A. G. und wird von der Marconi-Gesellschaft eingeführt. Der besondere Vorzug soll hier darin liegen, daß automatisch gearbeitet wird und der Betrieb dem gewöhnlich in der Funkstation vorhandenen Beamten überlassen werden kann. Der positive Film eines Bildes wird sozusagen in der Senderstation in den Apparat gesteckt, und es kommt dann in der Empfängerstation eine gut erkennbare Wiedergabe des Bildes heraus. In großen Umfassen besteht die Methode etwa in folgendem: Ein photographischer Film wird auf einer Glasplatte befestigt, in deren Innenraum sich eine kräftige Lichtquelle befindet. Die Strahlen gehen

Mit zunehmender Reaktion bröckelten von der Fortschrittspartei und den bürgerlich-fortschrittlich geleiteten Arbeiterbildungsvereinen in den am weitesten industrialisierten Gegenden die befähigteren Arbeiter immer mehr ab. Ende Januar 1863 kam zu Lassalle eine Leipziger Arbeiterdelegation, die sein „Arbeiterprogramm“ mit Beifall aufgenommen hatte, und hat ihn um zielsetzende Punkte für eine selbständige Arbeiterbewegung. Aus dieser persönlichen Bekanntschaft erwuchs später der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein. Eine Arbeiteragitation ist da“, schrieb Lassalle an seine Warner und die Freunde, die ihn zurückhalten wollten.

Im „Offenen Antwortschreiben“ zeigte er den Weg „in der Vertretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körpern Deutschlands“ und wies über die kleinbürgerlichen Lösungsversuche der sozialen Frage auf die organisierte Selbsthilfe der revolutionären und proletarischen Bewegung. Die erste Etappe war die politische Eroberung der Staatsmacht.

Langsam nur fanden seine politischen und sozialen Richtlinien Anerkennung. In Leipzig zuerst, über Frankfurt dann im westfälischen Industriegebiet. Unermüdlich warb er für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Er warb, rohrte, verteidigte sich vor unglücklichen gerichtlichen Anklagen, er war körperlich leidend, ermüdet, überanstrengt und trotzdem schrieb er immer wieder: „Ich benötige dies, ich muß, ich muß!“ O, es gehört ja so wenig Mut dazu, für sich selbst einzutreten und die eigene Sache zu verteidigen, aber von allen verlassen zu sein, erbittert verfolgt zu werden, aller Verteidigung beraubt, geht mit all dem Schmutz einer feindlichen Presse giftig verhöhnt und angespuckt zu werden, und dabei für andere, Mutlose zu sorgen, trösten, ermahnen, aufmuntern, die kleine Schaar der Einsichtigen hergröhen wollen, hier belehren, da organisieren, o glaubt es, dazu gehört viel Mut und rastlose Aufopferung, und es ist so bitter schwer, eine kleine Sekt durch alle inneren und äußeren Klippen zu der Höhe einer politischen Partei zu führen, es gehört das ganze Gehirn dazu“ und ein ganzes Herz. „Arbeit... Arbeit... und müde... müde, müde...“ Kurz: es durch alle Briefe jener Tage, aber dann wieder in einem „endlich, endlich bringe ich hier durch“ Endlich!

Ferdinand Lassalle war es nicht beschieden, die Weltmission der proletarischen Bewegung in ihrem steigenden Sturm auf zu erleben, sah brach im August 1864 sein Leben ab. „Er starb jung, im Triumph als Achilles“, schrieb Karl Marx an die Trauernden. Dieses wahrhaft große Herz starb jung. Aus einer seiner letzten Agitationsreden klingt abnehmend sein letzter Wunsch in die Worte aus und schwingt in die adlige Zeitlosigkeit ewiger Solidarität:

„Nur mit meiner Person diese gewaltige und nationale Kulturbewegung nicht zugrunde gehen, sondern die Feuersbrunst, die sich entzündet, weiter und weiter fressen, solange ein einziges von euch atmet.“

Lassalle über Demokratie und Wahlrecht

Die freie individuelle Assoziation der Arbeiter, aber die freie individuelle Assoziation, ermöglicht durch die fähigsten und fähigsten Hand des Staates — das ist der einzige Weg aus der Wüste, der dem Arbeiterstande gegeben ist.

Die aber den Staat zu dieser Intervention vermögen? Und hier wird nun sofort sonnenhell die Antwort vor aller Augen stehen: dies wird nur durch das allgemeine und direkte Wahlrecht möglich sein. Wenn die gesetzgebenden Körper aus dem allgemeinen und direkten Wahlrecht hervorgehen — dann und nur dann werden sie den Staat bestimmen können, sich dieser seiner Pflicht zu unterziehen. Der obligatorische und unentgeltliche Unterricht ist nur denkbar bei dem allgemeinen und direkten Wahlrecht, und so ist es denn meine Agitation, indem sie dieses Wahlrecht vertritt, auch jene Folge beschreiben, die solide Erziehung und Bildung des Volkes.

Nur mit dem allgemeinen und direkten Wahlrecht ist den arbeitenden Klassen die Garantie für eine wirtschaftliche, ernsthafte und nachhaltige Ausführung der Produktionsassoziation im großen gegeben. Was den Rechtsgelehrten betrifft, so habe ich nirgends ein konsequenteres Prinzip als diese allgemeine und gleichmäßige Beteiligung aller am Staate, welche durch das allgemeine und direkte Stimmrecht gegeben ist, entdecken können.

Lassalle über das Wesen der Revolution

Man kann nie eine Revolution machen; man kann immer nur einer Revolution, die schon in den tatsächlichen Verhältnissen einer Gesellschaft eingetreten ist, auch äußere rechtliche Anerkennung und konsequente Durchführung geben.

Eine Revolution machen wollen, ist die Torheit unreifer Menschen, die von den Weisheit der Geschichte keine Ahnung haben.

Eben deshalb ist es ebenso unrettbar und ebenso kindlich, eine Revolution, die sich bereits einmal in den Eingeweiden einer Gesellschaft vollzogen hat, zurückzudämmen und sich ihrer rechtlichen Anerkennung widersetzen oder einer solchen Gesellschaft oder einzelnen, die sich bei diesem Deklamationsdienst beteiligen, den Vorwurf machen zu wollen, daß sie revolutionär seien. Ist die Revolution drin in der Gesellschaft, in ihren tatsächlichen Verhältnissen, so muß sie, da hilft nichts, auch herauskommen und in die Verfassung umgewandelt werden.

durch das gerade belichtete Flächenlicht des Films und fallen auf eine Linse, die ihrerseits das Licht konzentriert und einer photoelektrischen Zelle zuführt. Da die Trommel sich dreht und bei jeder Umdrehung auch eine kleine seitliche Bewegung erfährt, so wird nach und nach jeder Teil des Films den Lichtstrahlen ausgesetzt, die letzten Endes dann die in der gewöhnlichen drahtlosen Telegraphie ausgehenden Zeichen beinhalten. Kommen die Signale in der Empfängerstation an, so wirken sie auf einen Schreibstift ein, der ebenfalls über eine ähnliche sich drehende Glasrommel geführt wird, und dieser Stift macht nun auf dem mit Papier überzogenen Trommel dünne oder stärkere Striche und verbindet sie miteinander, wodurch allmählich das Bild in Kopiermanier entsteht. Die Hauptanwendung der Erfindung dürfte wohl darin bestehen, den illustrierten Zeitungen in kürzester Zeit und auf große Entfernungen Bilder zu übermitteln, also in Fällen, wo Zeitgewinn das ausschlaggebende ist. Die Bilderpresse ist dann imstande, zeitiger über Ereignisse zu berichten, die sich in größeren Entfernungen abspielen, als dies bisher möglich war. Die Übertragung von Landkarten erfolgt in derselben Weise, so daß man Telegramme in Lichtstrahl übermitteln kann. Man erwartet, daß das Verfahren von den Banken dazu benutzt wird, Unterdrückten drahtlos auf große Entfernungen zu übermitteln, aber daß die Polizeibehörden dazu übergehen werden, Fingerabdrücke drahtlos zu telegraphieren.

Die Frage nach der geeigneten Beschleunigung der Straßen ist nachgerade eine sehr brennende geworden, seit die Zahl der Automobile so angewachsen ist und auch der Lastwagenverkehr immer stärker wird. Die gewöhnliche, mit leichter Schicht versehene Straße nützt sich beim heutigen Verkehr mit unheimlicher Geschwindigkeit ab, und die beträchtlichen, zu ihrem Unterhalt ausgelegten Summen sind schnell zu Staub zerfallen. Die Frage nach der zweckmäßigsten Straßenbedeckung ist daher insbesondere für die öffentlichen Verwaltungen sehr wichtig geworden. Als Baustoffe benutzt man heute im allgemeinen Steinquader, Asphalt, Holz, Beton und sogar Gummi. Die Verwendung von Gummipflaster ist keineswegs neu. Vor Jahren schon wurden kleinere Flächen mit Gummi belegt, mehr oder weniger im versuchsweisen Ausmaß. Die Vorzüge, die

Georg Herwegh zum 50. Geburtstag am 7. April 1875

Rein Dichter vor und nach Herwegh hat in einem solchen Maße die Köpfe der biedermeierlichen Spießbürger des norddeutschen Deutschlands in Siebeheige gebracht wie Georg Herwegh. — Er war der Dichter der absoluten Freiheit. Herwegh war vom ersten bis zum letzten Atemzug Republikaner.

Sein erster Gedichtband „Gedichte eines Lebendigen“ hatte einen in Deutschland vorher nie gekannten Erfolg, weil er das aussprach, was in Millionen Herzen geahnt, aber nicht vollbewußt an Wünschen schlammerte: „Der Drang nach Freiheit, nach der Befreiung von monarchistischen Sklaventaten, nach der Selbstbestimmung der Geschichte des deutschen Volkes.“ Die französische Revolution von 1789 und die französische Julirevolution von 1830, ihr Ruf nach „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ ließ die Sehnsucht nach der Befreiung aus Tyrannenherrschaft nicht mehr zur Ruhe kommen. Zudem hatten die gebrocheneren „Ehrenwörter“ der deutschen Fürsten, die nach den Befreiungskriegen dem Volke als Lohn für das im Kampfe geflossene Blut eine Verfassung zu geben versprochen, die Geister in dauernder Erregung gehalten.

Herwegh hat sich oft über die Aufgabe des Dichters ausgesprochen: „Der Dichter muß die Hütte, nicht den Palast, das Volk, nicht den Menschen besingen. Im Streit der Meinungen muß er Partei ergreifen.“ Was aber Herwegh dem Proletariat besonders nahebringen mußte, ist die Tatsache, daß er einer der ersten proletarischen Dichter war. Zwar sind es nur wenige Gedichte, die diese sozialistische Tendenz zeigen. In erster Reihe stehen die beiden Gedichte „Dem armen Jakob“ und „Von der tranken Kiste“. Sie wirken heute noch so zeitgemäß wie damals; das Soziale in diesen Gedichten hatte neuen, unerhörten Klang.

Was uns Sozialisten den Dichter Herwegh aber besonders nahebringt, ist das erste Kampflied der deutschen Arbeiterbewegung, das er auf Drängen Lassalles im April 1864 vollendete. Das Gedicht wurde das „Wund und es Lied für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“. Lassalle, der unermüdete, unübertreffliche Organisator und Agitator für die Arbeiterbewegung, wußte sehr wohl den Wert eines guten Kampfliedes zu schätzen. Am 6. November des gleichen Jahres dankt Lassalle für das „wahrhaft vortreffliche Gedicht“ und berichtet in einem Briefe, daß es mit großem Beifall im Arbeiterverein aufgenommen wurde. Und heute, nach über 60 Jahren seit der Entstehung des Liedes, begeistert es wie bei seiner ersten Kundgabe durch Lassalle die Arbeiter.

Nach kurzem seien einige biographische Notizen aus Herweghs Leben angeführt: Am 31. Mai 1817 wurde er als Sohn proletarischer Eltern — sein Vater war kleiner Gastwirt in Stuttgart — geboren. Bis zum 12. Jahre besuchte er das Stuttgarter Gymnasium; mit 14 Jahren bezog er das Blaubeurer Realgymnasium zu einem vierjährigen wissenschaftlichen, auf die Universität vorbereitenden Kursus. Nach Beendigung dieses Studiums ging er an die Ludwig Universität zum Studium der Theologie. Die Herren Professoren des Ludwig Stutes mußten aber gewittert haben, daß in dem jungen Herwegh nicht das Zeug zu einem späteren protestantischen Pastor steckte und entzogen ihm das Stipendium. In einem Brief an seine Mutter schreibt er:

Die Kugel hatte ich dir zuragedacht
Und drauf zum Viechle gelehrt mich gemacht,
Was ist von alledem geblieben?
Die Poetie!

Mit 20 Jahren kam er als freier Literat nach Stuttgart zurück. Widerwillig gegen den Gamaschenträger ließ ihn in die Schwabacher Kuchent. In Gammshofen im Rauten Thurgau fand er Unterschlupf und ernährte sich hier kümmerlich durch christliche Arbeiten. In Zürich schuf er dann im Jahre 1840 und 1841 die „Gedichte eines Lebendigen“, die ihn in vordem Jahre der deutschen Dichterswelt stellte. Beispiellos war der Erfolg. Selbst Bruns, die keine übergenügende Republikaner waren, konnten sich dem Wohlklang und der Macht seiner Verse nicht entziehen.

Die zweite wichtige Episode aus Herweghs Leben ist seine stürmische Teilnahme an dem babilonischen Aufstand im Jahre 1848 mit den deutschen demokratischen Legionen, die er aus in Frankreich lebenden Deutschen bildete; mit ihr wurde er in Straus und Oster zum Tode zu verurteilt. Bei Niederbrennen des Stützpunktes in der Nähe von Niederbrunn wurde er durch eine an Abenteuer reiche Flucht nach der Schweiz gerettet. Er suchte sich mit Frau Emma auf Schweizer Boden retten. Während literaturhistorischer und königsoldischer Studien — leider nicht ohne Erfolg — seine Flucht als Akt der Freiheit mit der verlogenen „Evangelische Kirche“ darzustellen. Das bekannte „Wund und es Lied“ suchte diese Flucht ebenfalls als wahr zu unterstellen. Tatsache ist, daß Herwegh und seine Frau in dem Schamitzel erst in dem Augenblicke flohen, als der Kampf bereits entschieden war. Die Fürsten hatten auf seinen Kopf die städtische Jagdprämie von 400 Gulden ausgeschrieben. — Zürich und Paris waren zur Folgezeit des Dichters Aufenthalt.

In Paris lernte er Karl Marx, Heinrich Heine und andere führende Geister jener Zeit kennen, in Zürich Richard Wagner, mit dem er einen regen Briefwechsel hat.

Nach der Amnesie des Jahres 1868 siedelte der Dichter nach Baden-Baden über, wo er am 7. April 1875 verstarb. Auch nach dem siegreichen Krieg von 1870/71 ließ er sich nicht von der allgemeinen Begeisterung ergreifen. Das „Teufische Reich“ vom 18. Januar 1871 war nicht sein Ideal.

In dem Gedicht „Die Siegestrunkenen“ sang er:

„Ach, Einheit ist ein leerer Schall,
Wenn sie nicht Einheit ist im Guten.“

Vom ersten bis zum letzten Atemzug im der Dichter Herwegh seinem republikanischen und Menschenheitsideal treu geblieben, ungewandelt aller Verfolgungen, die er erdulden mußte. Max G. Troll

mas für die mit Gummi gepflasterten Straßen in Anspruch nimmt, sind: Verminderung der Geräusche und Erschütterungen, Schonung der Wagen und beträchtliche Ersparnisse im Unterhalt der Straßen. Es zeigt sich kein Kratzen oder Schleudern der Wagen, Staub fehlt vollkommen und Gummibrot ist leicht zu reinigen. Die Anlagelosten fallen allerdings bei Straßen mit Gummipflaster sehr hoch aus, doch hat man in dieser Beziehung auch die große Dauerhaftigkeit mit zu berücksichtigen. Während alle Kratze sich darüber einig sind, daß gummigepflasterte Straßen alle Stöße aufnehmen, herrscht hinsichtlich der Geräuschverminderung keine einheitliche Meinung vor. So soll durch Versuche festgestellt worden sein, daß die Geräusche auf einer Straße mit Gummibrot etwa um 30 db abnehmen im Vergleich zu einer Straßentart, mit Holzplaster versehenen Straße. Andere Sachverständige geben an, daß keine merkliche Verminderung der Geräusche sich zeigt. Die Mehrzahl der Verkehrsmittel ist mit Gummireifen ausgerüstet, und so ergibt sich kaum ein Unterschied in den von diesen Wagen gemachten Geräuschen, ob nun die Straßendecke aus Gummi oder anderen Stoffen besteht. Handelt es sich um Pflasterstraßen, so ist natürlich das Geschlapper der Rufe auf dem Gummipflaster sehr viel weniger zu hören. Es ist auch zu berücksichtigen, daß der meiste Lärm durch die Motoren und die auf den Wagen befindliche Last hervorgerufen wird. Man hat bisher auf den Straßen schon die verschiedenartigsten Gummipflasterungen versucht, so u. a. mit schwalbenschwanzartigen Verschneidungen versehene Blöcke, die ineinandergepaßt wurden. Diese Art hat sich nicht bewährt, da die Blöcke nach einiger Zeit vorrücken, zu Irrechen begannen. Später wurde versucht, diesen Uebelstand dadurch zu vermeiden, daß man, ähnlich wie beim bewehrten (armierten) Beton, die Blöcke durch schraubensichere Stäbe verankerte. Ein anderes Verfahren besteht darin, daß man auf einem wasserundurchlässigen gemauerten Fundament dünne Gummipflaster befestigt. Allein so recht zufriedenstellende Ergebnisse sind noch nicht erzielt worden. Anscheinend hängt die Zukunft der gummigepflasterten Straßen von der Auffindung eines geeigneten Verfahrens der Befestigung ab.

